

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

61. Sitzung
24. September 2020

Beginn: 15.00 Uhr
Schluss: 17.58 Uhr
Vorsitz: Emine Demirbüken-Wegner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

1. „Laut Senatsverwaltung soll das Fahrradfahren künftig besonders an Grundschulen eine größere Rolle spielen. Welchen Umfang nimmt die Verkehrserziehung bislang ein und in welchem Umfang, zu Lasten welcher anderen Lerninhalte und mit welchen Kooperationspartnern soll sie ausgeweitet werden?“
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet auf die Frage von **Tommy Tabor** (AfD), es sei wichtig, dass sich Kinder und Jugendliche sicher im Straßenverkehr bewegen könnten. Die Verkehrserziehung sei sowohl im Rahmenlehrplan als auch in der Grundschulverordnung geregelt. Pro Schuljahr seien mindestens zehn Stunden für die Themen Mobilitätsbildung und -erziehung, teils fächerübergreifend, vorgesehen. Dabei kooperierten die Schulen mit den Jugendverkehrsschulen in den Bezirken.

Die bisher bestehende Verkehrserziehung solle qualitativ ausgebaut werden. Ihr Haus habe dafür einen Runden Tisch initiiert, der vom Landessportbund ausgerichtet werde. Beteiligt seien außerdem unter anderem die für Verkehr zuständige Senatsverwaltung, Sportverbände

und -vereine im Bereich des Radsports sowie die Landesverkehrswacht Berlin. Ziel der Beratungen sei es, ein Konzept zu erarbeiten, das auf den bestehenden Maßnahmen aufbaue.

Tommy Tabor (AfD) fragt nach, zulasten welcher anderen Lerninhalte die an sich begrüßenswerte Ausweitung der Verkehrserziehung erfolgen werde.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erwidert, eine Kürzung anderer Lerninhalte werde es nicht geben. Sie verweise auf die Möglichkeit, Themen querschnittsartig zu behandeln.

2. „Am 8. September hat der Senat auf Anfrage der FDP mitgeteilt, dass von den rund 4 Millionen Euro Stornierungskosten für Klassenfahrten erst 424.000 Euro ausgezahlt waren. Wie ist der aktuelle Auszahlungsstand zur Übernahme der entstandenen Stornokosten?“
(auf Antrag der Fraktion der FDP)

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) stellt auf die Frage von **Dr. Maren Jasper-Winter** (FDP) hin einleitend klar, dass die Kultusministerkonferenz kein Verbot von Klassenfahrten ausgesprochen habe. Im Falle der Erklärung von Gegenden zu Risikogebieten erfolge aber eine Rückerstattung. Insgesamt seien in großen Umfängen Stornokosten zu bewältigen. Die Deckungsfähigkeit habe zunächst bei ungefähr 500 000 Euro gelegen. Dieses Geld sei ausgereicht worden. Im Rahmen der Verhandlungen zum zweiten Nachtragshaushalt werde SenBildJugFam in Kürze einen Mehrbedarfsantrag in Höhe von 3,6 Millionen Euro stellen.

Die Rückerstattung werde nicht nach der Reihenfolge des Eingangs vorgenommen, sondern priorisiert. Als Erstes würden die Anträge derjenigen Lehrkräfte bearbeitet, die in den Ruhestand gegangen seien, deren Dienstverhältnis aus anderen Gründen geendet habe oder die privat Mittel verauslagt hätten. An zweiter Stelle folgten die Abschlussklassen. Als Drittes würden alle übrigen Stornovorgänge bearbeitet.

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) erkundigt sich nach dem zeitlichen Ablauf der Auszahlung des zusätzlichen Geldes. Bis wann könne mit einem Abschluss der Stornovorgänge gerechnet werden?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) entgegnet, das sei vor allem von der Zustimmung von SenFin abhängig. Ihre eigene Verwaltung habe Personal aus anderen Bereichen zusammengezogen, um die zahlreichen Anträge schneller abzuarbeiten. Eine konkrete zeitliche Vorhersage könne sie jedoch nicht treffen.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) interessiert, inwiefern das am selben Tag eröffnete Childhood-Haus die Kinderschutzambulanzen ergänze.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erklärt, die an der Charité angesiedelte Kinderschutzambulanz stelle einen passenden Andockpunkt dar, um den Kinderschutz weiterzuentwickeln. Gerne könne sie in einigen Wochen darüber berichten, wie das neue Childhood-Haus angenommen werde.

Roman Simon (CDU) lenkt die Aufmerksamkeit auf die Kinder aus Risikogruppen, die derzeit nicht in die Kita gehen könnten. Allgemein bestehe eine Meldepflicht gegenüber dem

Jugendamt, wenn ein Kind länger als sieben Wochen nicht in der Kita gewesen sei. Halte der Senat diese Regelung angesichts der Pandemie für zeitgemäß? Seien Änderungen oder Ergänzungen geplant, um den Trägern mehr Rechtssicherheit zu geben?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) legt dar, dass gemeinsam mit den Trägern eine Lösung für die Betreuung von Kindern aus Risikogruppen gefunden worden sei. Sie danke insbesondere dem Hauptausschuss, der einen wegweisenden Beschluss dazu gefasst habe: Von den im ersten Nachtragshaushalt bereitgestellten Mitteln für Coronafamilienhilfen würden nun 45 Millionen Euro genommen, um eine Betreuung dieser Kinder sicherzustellen.

Roman Simon (CDU) fragt nach der rechtlichen Einordnung: Werde der Vertragspartner der betroffenen Familien weiterhin der Kitaträger sein?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) antwortet, das sei der Fall. Ziel sei es, dass die betroffenen Kinder das ihnen zustehende Betreuungsangebot wahrnehmen könnten. Dazu bedürfe es einer sehr kleinteiligen Betreuung – bis zu einem Verhältnis von eins zu eins. Daneben sei eine Anzahl von Fachkräften ebenfalls einer Risikogruppe zuzurechnen. Im besten Fall könne man beide Gruppen miteinander in Verbindung bringen. Die Träger müssten in die Lage versetzt werden, weiteres Personal zu beschäftigen. Folglich verursachten sowohl die Ermöglichung einer sehr engen Betreuung als auch die Kompensation ausfallender Fachkräfte zur Betreuung der übrigen Kinder einen erhöhten Finanzbedarf. Dafür würden die am Vortag vom Hauptausschuss freigegebenen Mittel verwendet. – Noch bis Ende der Woche werde eine Abfrage durchgeführt, um die Zahl der Kinder und Fachkräfte, die einer Risikogruppe angehörten, trägergenau zu ermitteln.

b) **Aktuelles aus der Senatsverwaltung und Bericht der Senatorin aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugend- und Familienministerkonferenz**

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) berichtet vom Zusammentreffen der Kultusminister mit der Bundeskanzlerin zur Digitalisierung der Schulen und zum Umgang mit der Coronapandemie. So seien die verschiedenen Hygienekonzepte und Teststrategien diskutiert worden. Berlin sei insbesondere mit dem niedrighschwelligem Testen gut aufgestellt. Im Bereich der Digitalisierung seien drei 500-Millionen-Euro-Pakete schnürt worden: eines für die Anschaffung von Tablets für benachteiligte Schülerinnen und Schüler, ein weiteres für die Beschaffung digitaler Endgeräte für Lehrkräfte und ein drittes für die Ausbildung und Finanzierung von IT-Administratoren. In Berlin gebe es bereits seit dem Sommer an jeder Schule solch eine Funktion; dies solle nun ausgeweitet werden. Aktuell werde über die Förderrichtlinien verhandelt. Das Land Berlin habe ein Interesse daran, die Bestellungen schnell auszulösen.

Darüber hinaus seien bei dem Gipfel im Kanzleramt auch längerfristige Themen besprochen worden. So sei die Einrichtung einer Bildungsplattform auf Bundesebene geplant. Die Bundesländer hätten aber Wert darauf gelegt, dass die zentrale Plattform die Systeme der Länder wie den Lernraum Berlin nicht ablöse, sondern miteinander vernetze. Ein weiteres Themenfeld seien die digitalen Lernmodule, für die ein großer Bedarf bestehe. – Im Übrigen habe

man sich darauf verständigt, die konstruktiven Gespräche im Januar in derselben Runde fortzusetzen.

Am in diesem Jahr digital ausgerichteten Berlin-Tag hätten 1 800 Personen teilgenommen. Bedauerlicherweise sei es an einer Stelle zu einem technischen Problem gekommen, das derzeit mit dem Dienstleister ausgewertet werde. Ihre Verwaltung sei mit der Weiterentwicklung dieses Diskussions- und Beratungsangebots befasst.

In Kürze werde die Familiennacht stattfinden, bei der vor Ort Angebote wahrgenommen werden könnten.

Die Teilnahme am Richtfest eines mitten an der Spree in Köpenick gelegenen Neubaus mit 137 Appartements für Jugendliche, die von der Jugendhilfe in die Selbstständigkeit entlassen würden, habe sie sehr gefreut. Bisher habe es ein solches Projekt nur in Köln gegeben; dort habe man sich informiert. Gewöhnlich sei es sehr schwierig, Anschlusswohnraum für die betreffenden Jugendlichen zu finden. In das gemeinsam mit berlinovo und SenFin geplante Wohnprojekt seien mehr als 20 Millionen Euro investiert worden. Es sehe im Bedarfsfall eine sozialpädagogische Begleitung der Jugendlichen vor. Die Einweihung werde voraussichtlich im August stattfinden.

Vorsitzende Emine Demirbükten-Wegner bittet darum, die mit Corona zusammenhängenden Fragen zur Digitalisierung unter TOP 3 zu behandeln.

Mario Czaja (CDU) fragt, wie viel von den Mitteln aus dem Digitalisierungspakt bislang an den Berliner Schulen angekommen sei.

Bettina Jarasch (GRÜNE) erkundigt sich, ob die Ausschreibung zum Breitbandausbau bereits veröffentlicht worden sei.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) bemerkt, dass der Abfluss der Mittel sich in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gestalte und nicht alle Mittel bereits verausgabt seien. In Berlin hätten die Bezirke, die als Schulträger die Anträge für Mittel aus dem Digitalpakt zu stellen hätten, etwa 10 Millionen Euro beantragt. Diese Summe sei aus ihrer Sicht nicht ausreichend. Deshalb habe sie die Bezirksbürgermeister zu einem Gespräch über den Digitalpakt eingeladen. In einem zweiten Schritt werde es ein Gespräch mit der Staatssekretärin und den Bildungsstadträten mit dem besonderen Schwerpunkt Facility-Management in den Bezirken geben. In den vergangenen Monaten hätten bereits Monitoringgespräche mit den Bezirken stattgefunden. Dabei seien die Bedarfe der Bezirke abgefragt worden; auch habe SenBildJugFam Materialien zur Verfügung gestellt, die eine Beantragung von Mitteln erleichterten. – Sie verweise auf einen ausführlichen Bericht an den Hauptausschuss zu dem Thema.

Zum Breitband: Ihr Haus befinde sich im Gespräch mit dem ITDZ – und in der Endphase der Erarbeitung der Ausschreibung für die Anbindung der weiterführenden Schulen. Sie sei daran interessiert, die europaweite Ausschreibung schnell auf den Weg zu bringen.

Mario Czaja (CDU) nimmt Bezug auf den Vorsitzenden des Landeselternausschusses Norman Heise, der geäußert habe, Berlin sei das einzige Bundesland, das bislang gar kein Geld

aus dem Digitalpakt ausgegeben habe. – Die Senatorin habe gerade nur die beantragten, nicht aber die ausgeschöpften Mittel angesprochen. Sei die Aussage des Herrn Heise zutreffend?

Christian Blume (SenBildJugFam) erläutert, dass etwa 10 Millionen Euro beantragt und bewilligt worden seien. Derzeit werde die Anschaffung durchgeführt. Das für Mittel aus dem Digitalpakt gewählte Haushaltskonstrukt sehe vor, dass das Land Berlin zunächst in Vorleistung gehe und die Bundesmittel erst nach der Anschaffung abrufe. Insofern sei es möglich, dass die angesprochenen 10 Millionen Euro von Berlin ausgegeben worden seien. Dieses Geld werde man aber noch vom Bund überwiesen bekommen.

Der **Ausschuss** schließt den TOP ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Flexibudget – Zielstellung und Realisierung
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0355](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Auswirkungen der Corona-Krise auf die Bereiche
– Kita und Kinder sowie Jugendhilfe im öffentlichen
Raum,
– für die Grund- und Oberschulen sowie
Volkshochschulen und
– für die Duale-Ausbildung, die Oberstufenzentren
sowie für die Arbeit mit Geflüchteten Kindern und
Jugendlichen sowie jungen Erwachsenen
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0328](#)
BildJugFam

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) informiert darüber, dass der Hygienebeirat erneut getagt und sich schwerpunktmäßig mit Lüftungskonzepten auseinandergesetzt habe. Auch Fachleute seien hinzugezogen worden. Bereits im Vorfeld hätten die Staatssekretärinnen Stoffers und Klebba sowie sie selbst Gespräche mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der TU und Vertreterinnen und Vertretern von NGOs geführt. Am gestrigen Abend habe zudem eine Anhörung zum Lüften auf Ebene der Kultusministerkonferenz stattgefunden. – Der bereits vorgestellte Handlungsrahmen werde in einer Unterarbeitsgruppe weiterentwickelt. Das gelte auch für das Hygienekonzept. Der Stufenplan befinde sich in abschließender Abstimmung; die Personalräte seien damit befasst.

Die Teststrategie sei dahingehend ausgeweitet worden, dass fortan sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ambulanten Jugendhilfe als auch das Personal der offenen Kinder- und Jugendarbeit sich testen lassen könnten. Insgesamt werde ausgewertet, wie die Testungen in Anspruch genommen würden. Sie weise auf Videoclips hin, die ihr Haus gemeinsam mit Amtsärzten und Wissenschaftlern erstellt habe, um immer wiederkehrende Fragen zu beantworten. Das Personal der Kitas und Schulen könne auf der senatsverwaltungseigenen Homepage oder auch bei Youtube darauf zugreifen. Damit sollten Sachlichkeit und Handlungssicherheit gewährleistet werden. Die geschaltete Hotline verzeichne dagegen viel weniger Anrufe als anfangs, solle aber aufrechterhalten werden. Die Veröffentlichung der Zahl der geschlossenen Lerngruppen in den Schulen jeden Freitag sei ausreichend. In den Kitas seien verhältnismäßig wenige Gruppen geschlossen.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) hebt hervor, dass die Beschäftigten durch die Möglichkeit des Testens mehr Sicherheit für ihre Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen erhielten. – Wie viele Erzieherinnen und Erzieher bzw. Lehrkräfte könnten aktuell nicht vor Ort ihrer Tätigkeit nachgehen?

Regina Kittler (LINKE) nimmt Bezug auf die Äußerung der Senatorin zur freitags vorgenommenen Veröffentlichung der Zahlen. Sie – Rednerin – bitte darum, die Zahlen bezirksgenau auszuweisen; so sei es schon einmal gehandhabt worden.

Welche Regelungen gälten für die Geschwister von positiv getesteten Schülerinnen und Schülern? – An sie sei herangetragen worden, dass die Geschwister nicht getestet würden. Sei nicht zumindest eine Quarantäne erforderlich?

Wie sei der Stand hinsichtlich der Vertretungsreserve für coronabedingte Ausfälle von Lehrkräften?

Dr. Maren Jasper-Winter (FDP) fragt vor dem Hintergrund der Forderungen des Deutschen Philologenverbandes nach einer Finanzierung von CO₂-Ampeln, Lüftungsanlagen, Plexiglaswänden zwischen den Schülerinnen und Schülern, Testungen und kleineren Klassen, wie der Senat dazu stehe.

In Bezug auf die Testungen habe sie gehört, dass es mitunter lange dauere, bis man überhaupt einen Termin bekomme, und die Möglichkeit deswegen nur verhalten angenommen werde. – Wie sei es um die Wartezeiten bestellt?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erkundigt sich nach der Situation in den stationären und teilstationären Jugendhilfeeinrichtungen. Komme es hier zu Quarantänefällen? Wie werde in größeren Einrichtungen mit verschiedenen Wohngruppen damit umgegangen? Wie sei der Kontakt zu den Herkunftseltern während der Quarantäne geregelt?

Im Übrigen schließe sie sich der Bitte der Abg. Kittler (LINKE) um eine bezirksgenaue Veröffentlichung der Zahlen an.

Mario Czaja (CDU) knüpft an die Ausführungen der Abg. Dr. Jasper-Winter (FDP) an. Er habe aus Schulen in Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg gehört, dass es bei der symptomfreien Testung zu Wartezeiten von zwei bis drei Wochen komme.

Außerdem habe er vernommen, dass die Gesamtelternvertretungen an einzelnen Schulen signalisiert hätten, dass aufgrund der massiven Überbelegung insbesondere in den Mensaräumlichkeiten eine klassenweise Quarantäne gar nicht möglich wäre, sondern die ganze Schule geschlossen werden müsste. – Wie viele Schulen seien potenziell davon betroffen?

Tommy Tabor (AfD) fragt, wie die Senatorin zu einer von einzelnen Elternausschüssen und Lehrerverbänden befürworteten Maskenpflicht im Unterricht stehe. Lehne sie eine solche Pflicht weiterhin ab, oder finde angesichts der erhöhten Infektionszahlen in Berlin ein Umdenken statt?

Andreas Wild (fraktionslos) zeigt sich überrascht, dass die Senatsverwaltung weiter auf die Tests vertraue. Mit welchen Tests werde gearbeitet: Abstrichtests, Antikörpertests oder PCR-Tests? Angesichts der mangelnden Zuverlässigkeit der Tests frage er, mit welcher Begründung Schüler vom Unterricht ausgeschlossen würden.

Katrin Seidel (LINKE) erkundigt sich nach dem erhöhten Reinigungsaufwand in den Schulen, Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen. Bestünden Überlegungen seitens des Senats, wie der höhere Aufwand ausgeglichen werden könnte?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) erklärt, die bisherige Regelung zur Mund-Nasen-Bedeckung habe sich bewährt. Im Falle steigender Infektionszahlen komme aber eine Ausweitung der Maskenpflicht in Betracht. Diese und weitere Maßnahmen würden bei der Entwicklung des Stufenplans mit einbezogen.

Die von den Bezirken organisierten Zwischenreinigungen hätten sich inzwischen gut eingespielt. Das Parlament habe zusätzliche Ressourcen dafür zur Verfügung gestellt. Gleichwohl gehe sie davon aus, dass die Bezirke das Thema mit SenFin besprächen. Es sei unklar, wie lange die Pandemie noch anhalte, aber die Hygienemaßnahmen würden auch in den nächsten Jahren ihre Wichtigkeit behalten.

Momentan seien in acht Kitas Teilschließungen vorgenommen worden. Drei Einrichtungen seien komplett geschlossen. Dabei handele es um kleine Elterninitiativen mit jeweils nur einer Gruppe. Gemessen an der Gesamtzahl von 2 700 Einrichtungen hielten sich die Zahlen aber im Rahmen. Im Bereich der Hilfen zur Erziehung gebe es einen Quarantänefall. Bei den unbegleiteten Minderjährigen in den Einrichtungen sei kein einziger Fall gemeldet worden.

Der Anteil der Lehrkräfte, die nicht vor Ort unterrichten könnten, liege weiterhin bei 3,3 Prozent. Andere Einsatzmöglichkeiten für sie bestünden aber, wie mehrfach beschrieben.

Die Ausschreibungen für Stellen im Verstärkungspool hätten inzwischen die Personalvertretungen passiert. Auch SenFin habe grünes Licht gegeben, 200 Stellen für Lehrkräfte sowie für Erzieherinnen und Erzieher auszuschreiben.

Eine Umsetzung der vom Deutschen Philologenverband geforderten kleinen Lerngruppen bedeutete, dass kein Präsenzunterricht mehr stattfinden könnte. Sollte der Plan B in Kraft gesetzt werden, käme es zu einer Halbierung der Klassen. Das sei – wie andere Maßnahmen auch – im Handlungsrahmen niedergelegt. Die angesprochenen CO₂-Ampeln seien generell

nicht für jeden Klassenraum vorgesehen, sondern dienen dazu, das Lüften zu lernen. In diesem Zusammenhang verweise sie auf ihre Bemerkungen zum Lüftungskonzept und zur Behandlung des Themas auf KMK-Ebene. Die HEPA-Filter wiederum seien in der Wissenschaft sehr umstritten. Hinsichtlich der Plexiglaswände frage sie sich, ob diese im Schulalltag praktikabel seien. Ihr Einsatz werde den Schulen allerdings nicht untersagt.

Anfangs sei ein regelrechter Run auf das symptomfreie Testen festzustellen gewesen. Inzwischen habe das Interesse etwas nachgelassen, sodass es auch freie Slots gebe.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) führt ergänzend aus, dass im Wochenrhythmus Gespräche zur Teststrategie stattfänden, an denen die Charité, der öffentliche Gesundheitsdienst und die Bereiche Schule und Jugend von SenBildJugFam teilnahmen. Bei der Schulstudie sei der erste Durchgang bereits absolviert worden, und zwar an zwölf Schulen. Der zweite Durchgang, der im November anstehe, werde derzeit vorbereitet. Die Kitastudie habe etwas länger in der Ethikkommission verharret. Nun seien aber zwölf Kindertageseinrichtungen ausgewählt worden, deren Fachkräfte, Kinder und Eltern an der Studie teilnahmen. Die Bereitschaft, sich testen zu lassen, sei zum Teil nicht einfach herzustellen gewesen.

Die Wartezeit beim asymptomatischen Testen sei anfangs länger gewesen als jetzt. Dies habe daran gelegen, dass Termine oft nicht wahrgenommen worden seien, ohne rechtzeitig abgesetzt zu werden. Die Erzieherinnen und Erzieher seien ausführlich darüber informiert worden, wie man sich einen Zeitslot für den Test sichere. Momentan gebe es dennoch weniger Erzieherinnen und Erzieher, die sich testen ließen. Die Senatsverwaltung werte das als ein Zeichen, dass mehr Sicherheit eingekehrt sei. Zurzeit laufe eine Abfrage, wie viele Fachkräfte vor Ort in den Einrichtungen seien, und wie viele nicht. Dies stehe nicht zuletzt mit dem geplanten Konzept für die Betreuung der Risikogruppen im Zusammenhang.

Geschwisterkinder von infizierten Personen seien mit Sicherheit Kontaktpersonen der Kategorie I. Daher sei ihre Testung angezeigt. Auch die Quarantäneregelungen müssten greifen. Sollten die Geschwisterkinder in einem anderen Haushalt wohnen, stelle sich die Situation anders dar.

Das 18. Trägerschreiben enthalte ausführliche Darstellungen zum Lüften und zu den Elternkontakten, die in den Einrichtungen zu reduzieren seien. Im 19. Trägerschreiben, das gerade erarbeitet werde, seien auch Informationen über das Lüften in der kälteren Jahreszeit zu erwarten.

Während des Lockdowns seien im Bereich der Hilfen zur Erziehung und der stationären Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen Besuche von Eltern unterbunden worden, wenngleich solche Verbote grundsätzlich nicht förderlich seien für die Kinder. Momentan könnten Besuche aber stattfinden. Für die weitere Entwicklung des Pandemiegeschehens müsse klar sein, dass der Kontakt zu den Eltern nicht abreißen dürfe. Diese im jeweiligen Einzelfall zu betrachtende Maßgabe bedeute, Besuche von Eltern so weit wie möglich aufrechtzuerhalten. Hierfür seien gegebenenfalls Treffen außerhalb der Einrichtung angezeigt. Dabei müsse jedoch sichergestellt werden, dass die Eltern nicht infiziert seien.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) kommt zurück auf das Thema Quarantäne in der Familie. Der Umgang mit derartigen Fällen hänge von der jeweiligen Konstellation ab.

Wenn das Kind positiv sei, müssten sich auch die übrigen Familienmitglieder in Quarantäne begeben. Wenn sich aber ein Familienmitglied in Quarantäne befinde, weil es Kontaktperson eines Infizierten sei, gelte das nicht. Hierbei komme es häufig zu Missverständnissen.

Zur Frage des Abg. Czaja (CDU): Konstellationen, dass ganze Schulen zu schließen seien, sähen die Amtsärzte nicht. Es gebe klare Vorgaben – etwa, wer als Kontaktperson der Kategorie I anzusehen sei. Etwaige Maßnahmen seien abhängig von den Gegebenheiten vor Ort. Durch die Amtsärzte finde eine individuelle Abklärung statt. Die unter Mitarbeit der Amtsärzte erstellte Handreichung von SenBildJugFam werde gut umgesetzt, sodass großflächige Schließungen vermieden werden könnten. Alle im Hygienebeirat vertretenen Personen verbinde die Auffassung, die Schulen so lange wie möglich offenzuhalten.

Andreas Wild (fraktionslos) erinnert an seine Frage nach der Art und Zuverlässigkeit der Tests. Die Ergebnisse der Tests ließen keinerlei Rückschlüsse auf den Gesundheitszustand des betreffenden Kindes zu. Daraus abgeleitete Maßnahmen seien eher Aberglaube als Wissenschaft.

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet, es handele sich um Abstrichtests.

Vorsitzende Emine Demirbüken-Wegner stellt fest, dass die Besprechung vertagt sei.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Inklusion in der Berliner Jugendhilfe
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0030](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 05.12.2019

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) ruft das Ergebnis der Anhörung in Erinnerung: Jugendhilfe und Jugendförderung hätten sich auf den Weg gemacht, die Angebote inklusiver zu gestalten. Eine wichtige Rolle spiele das Jugendförderungsgesetz. Bei der Umsetzung des BTHG biete sich die Gelegenheit, Jugendhilfe und Eingliederungshilfen miteinander zu verknüpfen. Inklusion sei jedoch mehr, als die Bedarfe von Kindern mit Beeinträchtigungen in den Vordergrund zu stellen. Es müsse auch die Diversität der Kinder, Jugendlichen und Familien in Berlin abgebildet werden. Dies solle sich im geplanten Familienförderungsgesetz niederschlagen.

Roman Simon (CDU) fragt den Senat, warum Schulen in freier Trägerschaft beim Programm Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen nicht berücksichtigt würden, obwohl auch und gerade diese Schulen herausfordernde Kinder betreuten. Welche Lösung sehe der Senat hinsichtlich der Anmeldung und Zuteilung von Schulhelferstunden? Die recht frühe Anmeldung bis Mai für das kommende Schuljahr berge die Gefahr in sich, dass sich kurzfristig Veränderungen ergeben könnten. Nach- und Ummeldungen dauerten aus Sicht der CDU-Fraktion unverhältnismäßig lang.

Vor dem Hintergrund der Äußerung von Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) im Rahmen der Anhörung, wonach die vorhandenen Mittel nicht ausreichen, um alle Jugendfreizeiteinrichtungen barrierefrei zu gestalten, frage er den Senat, ob inzwischen Umschichtungen von Geldern vorgenommen worden seien, sodass mehr Einrichtungen in den Genuss der Barrierefreiheit kommen könnten. Des Weiteren wolle er wissen, wie es um die Barrierefreiheit der Jugendberufsagenturen bestellt sei; damals habe der Senat keine Auskünfte dazu erteilen können. Plane der Senat eine Nachsteuerung bei zusätzlichen Fachkräftestunden zur Ausstattung der Schulen und des Ganztagsbetriebs?

Katrin Seidel (LINKE) erkundigt sich nach dem Bearbeitungsstand in Bezug auf den geplanten Status „B Plus“ im Kitabereich. Welche Ergebnisse habe die zuständige Arbeitsgruppe bisher hervorgebracht? Die Zeit für eine Umsetzung in der laufenden Legislaturperiode werde langsam knapp.

Ferner bitte Sie darum, den Stand der Erarbeitung der Ausführungsvorschrift Eingliederungshilfe darzustellen. Im vergangenen Dezember habe es ressortübergreifende Gespräche dazu gegeben.

Sei es inzwischen gelungen, die von Staatssekretärin Klebba (SenBildJugFam) angekündigte AG zur Rahmensetzung und Klärung operativer Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes zu schaffen?

Senatorin Sandra Scheeres (SenBildJugFam) antwortet auf die Frage des Abg. Simon (CDU), es sei schon immer so gewesen, dass das Landesprogramm Jugendsozialarbeit nur für die öffentlichen Schulen vorgesehen sei.

In den letzten Jahren seien die Schulhelferstunden massiv ausgebaut worden. Außerdem würden gemäß den Haushaltsansätzen in diesem Jahr 30 Millionen Euro und im nächsten Jahr 31 Millionen Euro darin investiert. Das bedeute, dass 3 364 Schülerinnen und Schüler insgesamt 22 345 Wochenschulhelferstunden hätten. Bei Veränderungen werde über die Schulaufsichten gesteuert. Komme es zu Mehrbedarfen, stelle ihr Haus Anträge bei SenFin.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) weist auf Überschneidungen mit dem Gegenstand des nächsten Tagesordnungspunkts hin. – Am 1. Januar sei der Teilhabefachdienst Jugend gegründet worden. Seit dem 5. Februar lägen die Gemeinsamen Ausführungsvorschriften Eingliederungshilfe vor. Mit Beginn des Jahres 2020 habe die Ressortzuständigkeit für die Belange von Minderjährigen im Rahmen der Eingliederungshilfe gewechselt, und zwar zu SenBildJugFam. Coronabedingt sei es insgesamt zu einer Verlangsamung der Veränderungsprozesse in den Jugendämtern gekommen.

Die Bildung der Teilhabefachdienste führe dazu, dass es nun ein gutes Zusammenspiel zwischen den Teilhabeplanverfahren und der Hilfeplanung nach SGB VIII geben müsse. Eine Verbindung zu den Regionalen Sozialpädagogischen Diensten solle es nur dann geben, wenn es einer Unterstützung in Hinblick auf Hilfen zur Erziehung bedürfe. Die erste Anlaufstelle für Familien mit minderjährigen Kindern, die Ansprüche auf Leistungen der Eingliederungshilfe hätten, sei jedoch der Teilhabefachdienst Jugend. – In einer späteren Anhörung die diesbezüglichen Fortschritte in den Jugendämtern zu betrachten, könnte sich als lohnend für den Ausschuss erweisen.

Die in der Anhörung von vergangenen Dezember thematisierten Integrationsreisen für junge Menschen mit Beeinträchtigten und Familien hätten, organisiert von vier Trägern, wegen der schwierigen Rahmenbedingungen in diesem Jahr eingeschränkt stattgefunden.

Die Schaffung von Barrierefreiheit in den Jugendeinrichtungen stehe auf der Agenda; Investitionen seien nötig. Hierfür solle eine einheitliche Grundlage für die nächsten Haushaltsberatungen erarbeitet werden.

Die erwähnte Arbeitsgruppe im Rahmen der Qualitätsvereinbarung Tageseinrichtungen zum Status B Plus habe getagt und Ergebnisse erzielt, die seit August in Form eines Berichts vorlägen. Die dort niedergelegten Handlungsstränge bezögen sich auf die inklusive Infrastruktur für Kinder mit hohem Unterstützungsbedarf – und damit auf die nötigen Änderungen im Kindertagesförderungsgesetz und in der Kindertagesförderungsverordnung. Das verweise auf die im kommenden Jahr beginnenden Verhandlungen zur Rahmenvereinbarung Kindertagesbetreuung, auf Anpassungsprozesse des Berliner Förderplans und darauf, ein entsprechendes Planungs-, Teilhabe- und Koordinierungsinstrument für bedarfsgerechte Hilfen zu schaffen.

An dieser Stelle komme der Teilhabefachdienst Jugend ins Spiel, der als Schaltstelle für die Koordinierung und Heranziehung verschiedener Leistungsinstitutionen fungiere. Die Stärkung der Beratungs- und Unterstützungsstrukturen sei ein wesentlicher Teil der Handlungsempfehlungen im Bereich B Plus. Konzeptionell weiterentwickelt werden sollte auch die mobile Versorgung durch die Kinder- und Jugendambulanzen sowie durch die Sozialpädiatrischen Zentren. Die Qualifizierung der Fachkräfte sei ebenso bedeutsam.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

- | | | |
|----|---|------------------------------------|
| a) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Situation von Familien mit pflegebedürftigen Kindern – Handlungsempfehlungen
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen) | 0033
BildJugFam |
| b) | Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Förderung von Kindern mit Behinderungen in den Berliner Kitas – Stand und notwendige Weiterentwicklung der inklusiven Betreuung und Förderung
(auf Antrag der Fraktion der CDU) | 0068
BildJugFam |

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.01.2020

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) bemerkt ergänzend zu ihren Ausführungen unter TOP 4, dass zwei der im Bericht aufgezeigten Handlungsstränge – die Ausweitung des Angebots für heilpädagogische Gruppen und der systematische Ausbau eines heilpädago-

gischen Fachdienstes – bereits aufgenommen worden seien. Mit Mitteln aus dem Gute-KiTa-Gesetz solle die inklusive Förderung in diesen beiden Bereichen verbessert werden.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) fragt, ob eine Aufstockung der Plätze für frühkindliche Autisten vorgenommen werde. Bisher hätten die vorhandenen Plätze nicht ausgereicht.

Wie sehe der Senat das Clearingangebot für Familien mit besonders beeinträchtigten Kindern, damit diese sich im Rechts- und Verwaltungssystem zurechtfinden?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) erklärt, die Zielgruppe der Autisten falle in die Ausweitung der Angebote für besondere heilpädagogische Gruppen. Nach dem Gute-KiTa-Gesetz werde die Anzahl der Plätze von 80 auf 150 gesteigert. Ferner verbessere sich der Personalschlüssel. Ziel sei es, die örtliche Konzentration auf den Südwesten von Berlin zu durchbrechen und für eine gleichmäßigere Verteilung auf die ganze Stadt zu sorgen.

Roman Simon (CDU) erkundigt sich nach dem Besetzungsstand der bezirklichen Kinderbeauftragten in den Berliner Pflegestützpunkten. Wie bewerte der Senat den Hinweis aus der Anhörung, dass die Regelschulen den unterschiedlichen Bedarfen aufgrund des Fachkräftemangels nicht gerecht werden könnten? Wie werde darüber hinaus das in der Anhörung vorgeschlagene Wechselmodell, dem zufolge Kitagutscheine für versorgungsintensive Kinder in Tagespflege und Kita gesplittet werden sollten, bewertet? Wie gehe der Senat mit der nicht nur in der Anhörung, sondern auch vom Landesbehindertenbeirat geäußerten Kritik an der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes um?

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) macht geltend, dass sie zu einem Kinderbeauftragten an Pflegestützpunkten nichts sagen könne. Es bestehe kein Bezug zu SenBildJugFam. Vielleicht sei ein bilaterales Gespräch möglich.

Das erwähnte Modell mit Tagespflege und Kita zu realisieren, sei kein leichtes Unterfangen, zumal Tagesbetreuung und Tagespflege sehr unterschiedlich organisiert seien. Grundsätzlich sehe sie das Anliegen jedoch positiv, denn dadurch werde man den Bedarfen der beeinträchtigten Kinder in höherem Maße gerecht und Sorge für eine weitere Entlastung der Eltern. Die Frage, inwieweit das mit einem Betreuungsgutschein zu erreichen sei, nehme sie mit in die Rahmenvertragsverhandlungen. – Die dritte Frage sei ihr entfallen.

Roman Simon (CDU) wiederholt seine Frage zur Kritik an der Umsetzung des BTHG.

Staatssekretärin Sigrid Klebba (SenBildJugFam) verweist auf die divergierende Ansichten in der Umsetzung des Gesetzes in Berlin. Während einige ein Haus der Teilhabe befürwortet hätten, seien andere der Meinung gewesen, es müsse einen Teilhabefachdienst Jugend und für die Erwachsenen eine im Bereich Soziales angesiedelte Stelle geben. Letzteres mache einen Übergang nötig. In den Ausführungsvorschriften seien entsprechende Regelungen getroffen worden, die aber auch gelebt werden müssten. Zwischen dem Eingliederungshilfebedarf und dem erzieherischen Bedarf gebe es häufig Überschneidungen. In den Jugendämtern sei die Kompetenz vorhanden und könne die Verbindung hergestellt werden. Auch die Reform des SGB VIII mit einer Verlagerung von Zuständigkeiten in das Jugendamt habe eine Rolle gespielt. – Aus diesen Gründen sei die Entscheidung für den Teilhabefachdienst Jugend gefallen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 6 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Bündnis für die Schwierigen: erste Ergebnisse der
Arbeit der Berliner Koordinierungsstelle für Kinder
und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf und
daraus erwachsende Handlungserfordernisse**
(auf Antrag der Fraktionen der SPD, Die Linke und
Bündnis 90/Die Grünen)

[0279](#)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 27.02.2020

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Stellungnahmeersuchen des Hauptausschusses
Bericht SenBildJugFam – IV C 1 – vom 07.08.2020
Rote Nummer 3040
Arbeit der Jugendberufsagentur Berlin

[0352](#)
BildJugFam

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.